# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2 R.-M. Postbezug für Monat März 2 R.-M. für die Tschecho-Slowakei monatlich 8 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,05 R.-M., Ausland 1,20 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14194, 20024, 27981, 27982, 27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 65 — Freitag, 16. März 1928 — XXXVI. Jahrg.


# Zwei neue Opfer der Ozeanflüge?

**Ernste Besorgnisse um das Schicksal der beiden englischen Atlantic-Flieger — Beginn der neuen Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission — Schroffe Erklärung Belgiens über Eupen-Malmedy**

## Das unendliche Gespräch

**Abrüstungsbesprechungen in Genf**

Telegramm unsres Korrespondenten

N. Genf, 15. März

Heute vormittag elf Uhr trat die vorbereitende Abrüstungskommission zusammen. Inzwischen dauerten seit gestern die privaten Besprechungen der verschiedenen Delegationen untereinander fort. So hatten gestern abend Graf Bernstorff und der türkische Delegierte Munir-Bei längere Besprechungen mit Litwinow. Anderseits fand eine längere Unterredung zwischen Lord Cushendun und dem ersten amerikanischen Delegierten, Gibson, statt. Die Besprechungen sollen hauptsächlich den Zweck gehabt haben, die Stellungnahme der beteiligten Delegationen zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen festzulegen sowie überhaupt die Fragen, welche Probleme auf die Tagesordnung gebracht werden sollen, abzuklären. Indessen herrscht im gegenwärtigen Moment noch völlige Unklarheit über den Verlauf der gegenwärtigen Tagung der Abrüstungskommission. Das führte natürlich zu allerlei phantasievollen Kombinationen. So will heute der „Genevois" wissen, daß die Russen beabsichtigen, falls ihre Anträge abgelehnt werden sollten, den Vorschlag Kelloggs auf Ächtung des Krieges zu dem ihrigen zu machen, und daß bereits in dieser Hinsicht eine Fühlungnahme zwischen Gibson und Litwinow stattgefunden habe. Alle diese Gerüchte müssen vorläufig natürlich mit größter Vorsicht aufgenommen werden.

## Die Eröffnungssitzung

Telegramm unsres Korrespondenten

N. Genf, 15. März

Um 11¼ Uhr wurde die fünfte Session der Vorbereitenden Abrüstungskommission vom Präsidenten Loudon mit einer längeren Ansprache eröffnet. Er begrüßte zunächst die Tatsache, daß die Anzahl der Staaten, die an den Arbeiten des Komitees teilnehmen, sich durch das Hinzukommen der Türkei vergrößert habe. Loudon verbreitete sich hauptsächlich über die Arbeiten des Sicherheitskomitees und wies u. a. auf die deutschen Anträge hin, die im Sicherheitskomitee gestellt wurden und sich auf die Kriegsverhütungsmaßnahmen beziehen. Zu den russischen Anträgen übergehend, erklärte Loudon, es würde Sache der Kommission sein, die Frage zu beantworten, ob die russischen Anträge auf allgemeine und totale Abrüstung der gegenwärtigen politischen Lage und der Psychologie der menschlichen Gesellschaft entsprächen. Auf jeden Fall, fügte er hinzu, würde es sehr nützlich sein, die russischen Anträge einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Aus diesem Satz geht hervor, daß die Stimmung innerhalb der Kommission überwiegend gegen eine glatte debattenlose Ablehnung der russischen Anträge ist.

Nach der Rede des Präsidenten ersuchte der türkische Vertreter Munir Bey, die Beratung der wichtigeren politischen Fragen bis zur Ankunft des türkischen Hauptdelegierten, des Außenministers Tewik Bey zu vertagen. Tewik Bey trifft am Sonntag abend in Genf ein. Der Antrag des türkischen Vertreters wurde von Graf Bernstorff und Litwinow unterstützt. Der Präsident schlug dann entsprechend dem türkischen Antrag vor, die Beratung der wichtigeren politischen Fragen auf Montag zu vertagen.

Die nächste Sitzung findet morgen nachmittag statt, und zwar wird auf der Tagesordnung die Frage der Prüfung des gegenwärtigen Standes der Arbeiten des Sicherheitskomitees stehen.

## Ein deutscher Antrag

Telegramm unsres Korrespondenten

N. Genf, 15. März

Der Führer der deutschen Delegation, Graf Bernstorff, hat namens der Delegationen der vorbereitenden Abrüstungskommission einen Antrag eingebracht, wonach auf Grund des Artikels 8 des Völkerbundspaktes die Abrüstungskommission beschließen möge, daß jeder Staat verpflichtet werden soll, über den Stand seiner Abrüstung Bericht zu erstatten.

## Keine Nachricht von Hinchcliffe

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

St. Johns, 15. März. (Durch United Preß)

Der Flieger Hinchcliffe ist hier schon seit mehreren Stunden überfällig. Da jedoch bisher keine Küstenstation und kein Dampfer ihn gemeldet haben, wächst die Befürchtung immer mehr, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei. Hier war das Gerücht verbreitet, daß das Flugzeug in den Morgenstunden, in westlicher Richtung fliegend, Harbour Grace passiert habe, doch ist es noch nicht möglich gewesen, eine Bestätigung hierüber zu erhalten. An verschiedenen Orten glaubte man das Motorengeräusch eines Flugzeugs wahrgenommen zu haben. Eine vergleichende Prüfung der verschiedenen Orts- und Zeitangaben läßt jedoch alle diese Nachrichten als unwahrscheinlich erscheinen. Alle Wetterstationen melden, daß die Witterungslage für den Flug außerordentlich günstig sei.

Optimisten sind der Ansicht, daß Hinchcliffe die amerikanische Küste heute wohlbehalten erreicht hat, und ohne sich irgendwo aufzuhalten, direkten Kurs auf Philadelphia genommen hat. So wurde auf dem Flugplatz East Boston gestern abend um 9 Uhr 30 (3 Uhr 30 morgens mitteleuropäischer Zeit) deutlich ein Flugzeug gehört, das sich immer mehr näherte. Man schoß Leuchtraketen ab und beleuchtete den Flugplatz mit Scheinwerfern, um dem Flugzeug die Landung zu erleichtern. Das Propellergeräusch entfernte sich jedoch wieder, um schließlich ganz zu verstummen.

Wie die United Preß von wohlinformierter Seite im britischen Luftministerium erfährt, haben die Nachforschungen ergeben, daß die den Piloten begleitende Person unzweifelhaft Miß Elsie Mackay, die Tochter des Großreeders Inchcape, sei.

### Ernste Besorgnis in England

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 15. März

Ueber den Ozeanflieger Hinchcliffe liegen bis 7 Uhr früh keine glaubwürdigen Nachrichten vor. An drei Stellen Neufundlands glaubten Personen gestern mittag ein Flugzeug zu hören. Ferner flog heute früh ein Aeroplan über Boston, der vorher entlang der Küste mehrfach gemeldet wurde. Es ist fraglich, ob dies Hinchcliffe ist, da dort zur Zeit Luftmanöver stattfinden. Die nächsten Stunden müssen Aufklärung bringen. Die hiesigen Luftfahrkreise sind skeptisch, da von 21 Schiffen auf Hinchcliffes Route ihn keins gesehen hat.

## Frankreichs politische Ziele

**Wirtschaftsentente mit Deutschland, politische Entente mit England**

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 15. März

Die „Times" veröffentlichen heute einen bemerkenswerten Artikel des ehemaligen stellvertretenden Direktors im französischen Außenamt, Jacques Seydoux, über die Beziehungen zwischen Frankreich und England. Das englische Regierungsblatt mißt diesem Artikel augenscheinlich ganz besondere Bedeutung bei, da es ihn nicht nur an hervorragender Stelle des Blattes abdruckt, sondern auch in einem außerordentlich interessanten Leitartikel dazu Stellung nimmt. Der Grundgedanke des Artikels des Franzosen Seydoux ist der, daß durch die neuerdings enger gewordenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland eine

**Aenderung in der politischen Haltung Englands notwendig**

geworden sei. In den sechs Jahren, die dem Friedensschluß folgten, habe England eine beispiellose Gelegenheit gehabt, Europa mit Hilfe Frankreichs wieder aufzubauen. Die Gelegenheit sei versäumt worden, da die englische Auffassung der kontinentalen Politik mit der französischen unvereinbar war. England habe nach dem alten Prinzip von dem Gleichgewicht der Mächte Deutschland als die schwächere Nation gegen Frankreich unterstützt um dann beide gegeneinander ausspielen zu können. Frankreich habe sich infolgedessen „von England verlassen gefühlt" und sei zu seiner

**traditionellen Politik der Einkreisung Deutschlands**

(Seydoux gebraucht dieses Wort allerdings nicht, deutet es aber an) zurückgekehrt. An dieser Verschiedenheit der englisch-französischen Auffassungen sei die Möglichkeit einer gemeinsamen Lösung der europäischen Frage gescheitert. England habe Deutschland geholfen, sich zu sanieren. Mit dem Wiedereintritt Deutschlands in die politische Arena sei die gesamte politische Situation grundlegend verändert. Jacques Seydoux vergißt in diesem Zusammenhang den Locarno-Vertrag zu erwähnen. Die „Times" holen dieses charakteristische Versäumnis nach, indem sie schreiben: „Es ist vollkommen richtig, daß die traditionelle britische Politik der Vergangenheit auf dem Gleichgewicht der Mächte beruhte, in dem Sinne, daß England sich der Vorherrschaft irgendeiner einzelnen Macht oder eines Mächtebündnisses in Europa widersetzte. Aber die Zeiten, wo der europäische Friede allein auf solchen Erwägungen beruhte, sind vorüber, und zwar hoffentlich für immer. Desfalls führte die englisch-französische Kombination nicht zu einer gemeinsamen Lösung der kontinentalen Probleme. Statt dessen führte sie nach Locarno." Der interessanteste Teil des Seydoux-Artikels beschäftigt sich mit den Möglichkeiten, die sich aus der neuen europäischen Situation für die Zukunft ergeben. Er erklärte, daß die wirtschaftliche Annäherung, ja sogar eine

**engere wirtschaftliche Entente zwischen Deutschland und Frankreich unvermeidlich**

sei. Man befinde sich erst am Anfang dieses Weges, aber schon die bisherigen wirtschaftlichen Abkommen hätten den Grund zu weiteren bedeutenden Entschließungen gelegt. Der deutsch-französische Handelsvertrag habe bereits einen entscheidenden Einfluß auf die französische Handelspolitik ausgeübt, die sich selbst in ihren Prinzipien gemäß diesem Vertrag gewandelt habe. Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen beherrschen schon heute die Wirtschaftspolitik, wenn nicht das gesamte wirtschaftliche System Frankreichs. Aus diesen engen wirtschaftlichen Beziehungen müßten sich entsprechende politische Beziehungen unvermeidlich ergeben. Frankreich stehe dann England gegenüber „in einer beispiellos starken Situation" da. Seydoux geht so weit, anzudeuten, daß diese Position England recht abträglich werden könnte, wenn sich die britische Politik gegen Frankreich nicht nachgiebiger zeige als in den letzten Jahren. Seydoux fügt hinzu, daß Frankreich nicht beabsichtige, seine Position in diesem Sinne auszunutzen. Im Gegenteil, der deutsch-französischen Entente auf wirtschaftlichem Gebiete sollte

**als Ausgleich eine politische Entente zwischen Frankreich und England**

zur Seite stehen. England müsse aber seine Politik dieser neuen Situation anpassen. Der Artikel wird zweifellos noch zu eingehender Diskussion Anlaß geben.

## Nach der Flut

**Epidemiegefahr in Kalifornien**

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

St. Paula, 15. März. (Durch United Preß)

Die Bergungsarbeiten im Gebiete der San-Fernando-Katastrophe sind nunmehr in großem Umfange in Angriff genommen worden, da man infolge der ungewöhnlichen Hitze den Ausbruch einer Epidemie in dem von tiefem Schlamm bedeckten und von vielen Tausenden von Tierkadavern übersäten Ueberschwemmungsdistrikt befürchtet. Aus dem gleichen Grunde ist seitens der Gesundheitsbehörde bereits bekanntgegeben worden, daß sich die gesamte Einwohnerschaft einer Schutzimpfung gegen Typhus zu unterziehen hat. Tausende von Arbeitern mit Schaufeln, Heugabeln und Traktoren sind bereits damit beschäftigt, die Tierkadaver zu vernichten und den angeschwemmten Schlamm beiseite zu schaffen. Immer neue Leichen, die zum Teil furchtbare Verstümmelungen aufweisen, werden gefunden und der Schlamm sorgfältig durchforscht, da er alle möglichen Wertgegenstände aus den zerstörten Häusern enthält. Lange Züge von Lastkraftwagen bringen Lebensmittel für die Ueberlebenden der Katastrophe, Medikamente, Milch und andre dringend gebrauchte Lebensnotwendigkeiten sind bereits durch Flugzeuge herangeschafft worden. Der Materialschaden ist, wie festgestellt werden mußte, bedeutend größer, als zuerst angenommen wurde. Die Fluten haben 16 000 Morgen Ackerboden vollständig abgetragen und das Farmland vollständig wertlos gemacht.

Eine Untersuchung über die Ursachen der Dammbruchkatastrophe ist behördlicherseits bereits eingeleitet worden. Der Distriktstaatsanwalt Keyes erklärte, daß er unverzüglich eine Strafverfolgung der für die Katastrophe verantwortlichen Personen anstrengen werde, falls es sich herausstellen sollte, daß das Unglück durch einen Fehler oder eine Fahrlässigkeit beim Bau der Talsperre entstanden ist. Der mit der Untersuchung beauftragte Kommissar Nance gab seiner Ansicht Ausdruck, daß bei dem Bau des Staudammes mit sträflichem Leichtsinn verfahren worden sei. Der Staudamm sei nicht auf sicherem Felsboden verankert worden. Dadurch seien die Sickerungen und Sprünge zu erklären, die sich bereits seit einiger Zeit bemerkbar gemacht hätten.

(Siehe auch die Meldungen auf Seite 15)

## Jaspar über Eupen-Malmedy

✕ Brüssel, 15. März

Die Interpellation des katholischen Senators Esser von Malmedy über die schwierige Lage in den mit Belgien vereinigten Kreisen, wurde vom Ministerpräsidenten Jaspar beantwortet. Er legte dar, daß seit 1925 die Kreise wie alle andern belgischen Kreise verwaltet werden. Es handle sich um eine Frage der Gewöhnung an die Unterschiede zwischen der neuen und der früheren Verwaltungsmethode. Die Regierung tue alles, um den Wünschen der Bevölkerung Genüge zu leisten. Weiterhin erklärte der Ministerpräsident: „Den Bitten, die auf eine Revision der Volksabstimmung in den beiden Kreisen abzielen, antwortet die Regierung mit einem Nein. Die Vereinigung mit Belgien ist endgültig. Die Durchführung des Referendums ist in klarer und präziser Form erfolgt. Alle von Deutschland beim Völkerbund unternommenen Schritte, um die Volksabstimmung zu annullieren, hatten kein Ergebnis. Es wurde anerkannt, daß die Stimmabgabe unbeeinflußt erfolgte und rechtsgültig ist. Damit ist die ganze Angelegenheit endgültig abgeschlossen. Der Locarnovertrag hat die Grenzziehung, die selbst von Deutschland in aller Form anerkannt worden ist, feierlich bestätigt. Diese Angelegenheit ist also erledigt und es ist unzulässig, daß belgische Staatsangehörige, ob sie nun aus Eupen-Malmedy oder aus Brüssel kommen, auf einen Gegenstand zurückkommen wollen, über den die Diskussion geschlossen ist. Außerdem hieße es den Friedenszustand im Westen antasten, wenn man eine derartige Diskussion neu beleben wollte. Die belgische Regierung ist in dieser Beziehung unerschütterlich."

SLUB
Wir führen Wissen.